

Zusammen mit ihrem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) zeigt sich die CDU auf dem Kirchtag in Nürnberg. Sie setzt dabei ein sichtbares Zeichen für christliches Engagement in der Politik und politisches Engagement in den Kirchen. Schon im Vorfeld des Kirchentags startete der EAK mit seiner 54. Bundestagung und einem großen EAK-Kirchentagsempfang. Wie EAK und CDU sich auf dem Kirchentag präsentiert, lesen Sie hier.

Das ‚C‘ als verbindlicher Bestandteil der CDU

Ein klares Bekenntnis zum ‚C‘, zur Betonung des Christlichen, der christlichen Grundwerte und ihrer Bedeutung für die CDU gibt EAK-Vorsitzender Thomas Rachel angesichts der Debatte zum neuen Grundsatzprogramm. „Mit Engagement, Herzblut und erheblicher Streitbereitschaft werden wir uns klar und unmissverständlich immer hinter das ‚C‘ stellen. Weil es unveränderlicher Bestandteil der CDU ist.“

Das ‚C‘ bleibt Kompass und bietet eine Zielrichtung, so Rachel. „Wer es anfasst, rüttelt auch an den Grundfesten der Christlich Demokratischen Union.“ Ohne das ‚C‘ verliert die CDU „das Besondere, das Alleinstellungsmerkmal“. Rachel kritisiert die Abwendung der Bundesregierung von christlichen Werten und christlichen Kirchen, aber auch von Religion grundsätzlich. „Vier von fünf Menschen in Deutschland leben ihre Religion.“ Dafür muss sich die CDU stark machen, der EAK wird sie dabei unterstützen. „Der EAK ist quicklebendig und lautstark“, bekräftigt Rachel. „Und so wird es bleiben.“

Rachel wieder zum EAK-Vorsitzenden gewählt

Mit 93 Prozent Zustimmung wird Thomas Rachel im Amt des EAK-Vorsitzenden bestätigt. An seiner Seite Henning Aretz, Barbara Becker, Dirk Heuer, Sabine Kurz und Christine Lieberknecht.



Gratulation zur Wiederwahl: Tagungspräsidentin Christine Lieberknecht und EAK-Geschäftsführer Christian Meißner gratulieren dem alten und neuen Vorsitzenden Thomas Rachel. (Foto: CDU)

„Wer Protestant ist und in die Politik geht, der tut das aus der Fülle des Herzens“, beschreibt Thomas Rachel seine Motivation.

Ehrenpreis für Günther Beckstein

Günther Beckstein erhält auf dem EAK-Arbeitstreffen zum Kirchentag den erstmalig vergebenen „Dr. Werner-Dollinger-Taler“ für seinen Einsatz um christliche Politik. „Mir war immer wichtig, zu zeigen, dass konservative und soziale Politik zusammengehören“, sagt Beckstein in seinem Dank. Gleichzeitig fordert er zu mehr christdemokratischem Engagement in den Kirchen auf: „Wir brauchen eine starke und fundierte Basis in der evangelischen Kirche.“



Günther Beckstein freut sich über die erstmals vergebene Auszeichnung. (Foto: CDU)

Sicherheit in der Zeitenwende

„Die neue Weltordnung – Wie begegnen wir den schwindenden Sicherheiten in der sogenannten ‚Zeitenwende‘?“ Mehr als 300 Gäste diskutieren dazu beim EAK – nicht nur aus CDU und CSU. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stellen sich – nicht nur – in Europa neue Fragen. Sinkende Mitgliederzahlen in den christlichen Kirchen verlangen Analyse der Gründe und Suche nach Lösungen.

„Frieden ist nicht, wenn ein angegriffenes Land die die Waffen niederlegt“, stellt Rachel fest. „Das ist Besatzung.“ Doch wie kann Kirche zu einer besseren Welt beitragen, wenn hehre christliche Grundsätze nicht weiterhelfen?



Joachim Herrmann, Anne Gidion und Dagmar Pruin diskutieren beim Theologischen Nachmittagsgespräch mit Elisabeth Motschmann. (Foto: CDU)

Zivilgesellschaft stärken

„Um Frieden in der Welt Wirklichkeit werden zu lassen, brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft“, sagt Dagmar Pruin, Präsidentin von ‚Brot für die Welt‘. Das gilt nicht nur in Deutschland, sondern überall. Sie stellt fest: „Nur 3 Prozent der Menschen weltweit leben in offenen Gesellschaften.“ Deutschlands Einsatz für Entwicklungszusammenarbeit sei daher besonders wichtig. Die Gelder jetzt zu kürzen, sei falsch. An CDU und CSU gerichtet betont sie: „Da ist die Opposition ein wichtiger Faktor, dass diese Gelder nicht gestrichen werden.“ Joachim Herrmann unterstützt diesen Ansatz: „In jetziger Lage an Entwicklungshilfe zu sparen, wäre vollkommen falsch.“

Für Kirchnähe werben

Der bayerische Innenminister sieht nicht nur bei der Entwicklungszusammenarbeit eine Entfernung der Bundesregierung von den wahren Bedürfnissen der Menschen. Er befürchtet, dass auch die Debatte zur Neuordnung der Kirchenfinanzierung durch die Ampel eher auf Basis von ‚Kirchendistanz‘ erfolgt.

Herrmann bewertet die Frage der christlichen Bindung als zentrale Aufgabe. „Wenn die jungen Leute sagten: Ich brauche keine Kirche. Aber ich glaube an Gott. Dann könnte man damit leben.“ Herrmann sieht das aber so nicht. Er sieht eine zunehmende Gottesferne, „dass immer weniger an Gott glauben. Wir müssen wieder mehr darüber reden, wie wir den Glauben an unseren christlichen Gott verbreiten.“

„Gott wandelt unser Leben.“

Auch Prälantin Anne Gidion stellt die Frage: Wie kann man Entfremdung von der Kirche verringern? Die Bevollmächtigte des Rates der EKD in Berlin und Brüssel will dazu gegenseitig für mehr Nähe sorgen. Kreative Formen im Gottesdienst, gemeinsames Singen, miteinander frühstücken – es sind nur einige Beispiele für Kirchenarbeit in zunehmend weitgestreuten Gemeinden. „Die Frage ist nicht, was brauchen die Institutionen, sondern, was brauchen die Menschen?“ Gidion sagt: Fast alle Menschen suchen nach der Optimierung ihres Lebens. Die Kirche ist dabei ein Helfer. Sie muss die Frage beantworten: „Wie verbessern wir das Leben der Menschen vor Ort?“

Jetzt ist die Zeit: Der Kirchentagsempfang des EAK

Die Welt ist in neuer Unordnung, stellt EAK-Vorsitzender Thomas Rachel zur Eröffnung des Kirchentagsempfangs des EAK fest. Wir vergleichen gestern und heute, betrauern das Vergangene und müssen den Blick nach vorne werfen. „Jetzt ist die Zeit“, bekräftigt Rachel das Kirchentagsmotto. „Immer im Bewusstsein unserer Endlichkeit handeln wir mit Blick auf die Erlösung durch Jesus Christus.“ In diesem Sinn werden der Evangelische Arbeitskreis, CDU und CSU den Kirchentag begleiten.



Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, CDU-Chef Friedrich Merz, Bischöfin Kristin Fehrs und EAK-Vorsitzender Thomas Rachel im Nürnberger Max-Morlock-Stadion. (Foto: CDU)

Thomas de Maizière: Eine Welt ohne Kirche? Undenkbar!

„Was ist unsere Rolle in einer sich immer weiter säkularisierenden Welt?“ fragt Kirchentagspräsident Thomas de Maizière. Er stellt fest, dass vor allem Ältere den Kirchen treu bleiben, viele Jüngere nach Alternativen suchen. „Für die Jugend zählt die Rushhour des Lebens“, stellt de Maizière fest. Die Schwerpunktsetzung hat sich verschoben. Die Selbstverständlichkeit zu Glaube und Bindung fehlt.

Die evangelische Kirche reagiert darauf. „Wir sind in einem tiefen Reformprozess“, sagt er. Kirche muss und wird sich verändern. „Wir machen uns Gedanken um die Zukunft, damit wir so erfolgreich bleiben wie in den vergangenen 30 Jahren.“ Der Prozess zum neuen Grundsatzprogramm der CDU greift das auf. „Das Christliche ist die DNA unseres innersten Kerns“, bekräftigt de Maizière. Aber sowohl CDU als auch Kirchen müssen sich für andere Glaubenswege öffnen. So ergibt sich die Frage: „Wie können wir unsere DNA bewahren und uns gleichzeitig öffnen?“ De Maizière gibt das Beispiel der Versöhnung durch Noah: Die große Veränderung war deutlich. Doch mit der Taube sandte Gott den Menschen ein Friedensangebot. Veränderung und Versöhnung sind auch die Chance für Kirche und Politik.



Friedrich Merz: Uns leiten Zuversicht und Optimismus

„Seit über 70 Jahren baut der EAK Brücken in der Union“, betont CDU-Chef Friedrich Merz. „Im Geist der Überparteilichkeit zwischen Glaube und Politik, zwischen Kirche und Staat.“ Damit gibt der EAK in CDU und CSU Sicherheit in einer Welt im Wandel.

2023 sei die Welt unsicherer denn je, so Merz. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist eine tiefe Zäsur. „Wie begegnen wir dem Verlust an Sicherheit?“ fragt er. Der erste Schritt muss sein, so Merz: „Die freiheitliche Welt muss in solchen Zeiten zusammenstehen. Wir stehen an der Seite der Ukraine. Und wir stehen für unsere Werte ein.“



CDU-Vorsitzender Friedrich Merz. (Foto: CDU)

Auch Klimawandel und Corona machen uns die Verletzlichkeit unserer Lebensgrundlagen deutlich. Dagegen braucht es eine klare Haltung, so Merz. „Wir sollen uns nicht von Angst leiten lassen, sondern für Veränderung zum Besseren eintreten.“ Gerade Corona hat auch einen starken Zusammenhalt unserer Gesellschaft gezeigt. „Dafür Danke!“

„Wir Christen begegnen Veränderungen mit Zuversicht, Optimismus, Mut und Gestaltungswillen. Wir lassen uns in unserem Handeln nicht von Ideologie leiten. Und wir müssen uns als Christenheit immer unserer Verantwortung bewusst werden.“

Kirsten Fehrs: Es braucht das ‚C‘

„Jetzt ist die Zeit, aufzuhören mit allem, was das Leben gefährdet.“ Kerstin Fehrs, Landesbischöfin in Hamburg mahnt zu einem kritischen Umgang mit unserer Zeit. Die „neue Weltunordnung“, braucht neue Zuversicht – für die Gesellschaft, aber auch für jede und jeden Einzelnen von uns. „Es braucht die Religion als Haltung.“



Landesbischöfin Kirsten Fehrs. (Foto: CDU)

Deshalb braucht es das ‚C‘ in der Gesellschaft und in der Politik.“ Es ist Zeichen des Respektes im Umgang miteinander. Und das wiederum teilen alle Religionen. „Das ‚C‘ ist damit mehr als ein Buchstabe. Das ‚C‘ trägt durch Krisen. Es ist Friedensdienst und die Kraft, zu vertrauen.“ Genau das aber brauche man für „German Mut statt German Angst“. Und die CDU ist dafür ein richtiger Partner.

Markus Söder: Es geht um Schutz und Zuflucht

„Ich bin evangelisch und bekenne das auch gerne.“ Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder weiß aus eigener Erfahrung, „dass Kirchenarbeit etwas ganz Besonderes ist“. Kirche muss ein Schutzraum sein – Politik muss diesen Schutzraum gewährleisten. „Wenn eine Gesellschaft aber nur in Freude zusammensteht und nicht in Verantwortung“, dann gibt sie ihre Zukunft auf, sagt er. „Zu zeigen, dass jeder wichtig ist, das ist ein starkes Zeichen dafür, dass das ‚C‘ richtig ist.“

54. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Großer Kirchentagsempfang (38. DEKT) Nürnberg, 7. Juni 2023

Die neue Weltunordnung –

Wie begegnen wir den schwindenden Sicherheiten in den sogenannten „Zeitenwe



Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder. (Foto: CDU)

Die aktuelle Kirchen-Krise sieht Söder auch als moralische Krise. „Der Kern ist die Frage: Wie viel Respekt hat man vor den Kirchen und ihren Würdenträgern?“ Er sieht angesichts mancher Skandale, dass „die Institution Kirche wackeliger ist, als wir glauben“. Dagegen muss sie mit Überzeugung angehen.

Kirchentag vor Ort: Tag 1

Gespräche, Austausch, Information. CDU und EAK sind am ersten Tag gut besucht. Noch vor der offiziellen Eröffnung zeigte sich Ministerin Tamara Zieschang am EAK-Stand. Thomas Rachel übernimmt die ersten Interviews mit bekannten Personen aus Politik und Kirche.

Volker Kauder: „Der Mensch ist zur Freiheit befreit.“ (Jesus Christus)

Volker Kauder nutzt seine neugewonnene persönliche Freiheit für ehrenamtlichen Einsatz für Religionsfreiheit und Schutz aller Christen weltweit. „Wo die Glaubensfreiheit nicht besteht, ist der Mensch nicht frei“, sagt er. Deshalb tritt er weiter für diese ein. Vor allem die Situation der Christen ist vielfach dramatisch. „Da müssen wir noch viel tun“, sagt er.



Volker Kauder, langjähriger Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit EAK-Chef Thomas Rachel. (Foto: CDU)

Deutschland zeichnet aus, dass jede und jeder von uns „problemlos in die Kirche gehen kann“, führt Kauder aus. Dass ist vielerorts ganz anders. Wir müssen uns das bewusst machen. Und wir müssen dagegen angehen. „Menschen werden dort in ihrer Religion beschnitten, wo die Einheit von Religion und Nation

gilt.“ Indien, Ungarn oder Polen verbinden Nationalismus und Religion. Dort wird Religion zur Bedingung für Teilhabe. In Afrika gibt es Unfreiheit „da, wo der Staat zu schwach ist“. Nigeria ist hier ein Beispiel: Christen werden dort von Boko Haram massiv verfolgt und bedroht.

„Nationalismus beginnt da, wo ein Staat sagt: Nur, wer eine bestimmte Religion hat, gehört zu uns. Da muss man intensiver für Religionsfreiheit werben“, sagt Kauder. Aber auch das gibt es: China erlebt eine Rückbesinnung zu Religion: Junge Menschen beten für beruflichen Erfolg und wenden sich den alten Göttern zu.

Hermann Gröhe: Da ändert sich was.

„Wir sind häufig in der Gefahr, Dinge vor uns herzuschieben.“ Jetzt ist die Zeit, das heißt: Jetzt handeln. Es heißt auch: Jeder Schritt zählt, mache heute den ersten. „Salopp gesagt: Krieg den Hintern hoch.“ Jetzt ist die Zeit. „Das ist Motivation, Trost und Zusage.“



Thomas Rachel spricht mit dem ehemaligen Bundesminister Hermann Gröhe. (Foto: CDU)

Waffen in die Ukraine? „Das passt genau zu diesem Motto. Jetzt ist die Zeit, auch unbequemen Debatten nicht auszuweichen“, sagt Gröhe. Der Bundespräsident hatte auf dem Eröffnungsgottesdienst die richtigen Worte gefunden, den Krieg als „Epochenbruch“ bezeichnet, sagt der CDU-Politiker. „Die Veränderung durch den Ukraine-Krieg heißt auch: Es wird nicht wieder wie vorher. Da ändert sich was. Und da bleibt auch eine Veränderung.“ Wir

werden wieder bedroht, ist eine neue Wahrheit. Der Klimawandel ist eine andere. „Wie kriegen wir es in den Kopf, dass große Fragen weltweite Lösungen brauchen?“ fragt Gröhe. Die Demokratien müssen dazu neue Herausforderungen meistern, neue Stärke entwickeln.

Kann Freiheit und Demokratie in der Welt vor diesem Hintergrund neue Kraft schöpfen, fragt Rachel nach. Ja, sagt Gröhe, aber sie muss wirken. „Die Soziale Marktwirtschaft überzeugte, weil es funktionierte.“ Die Soziale Marktwirtschaft muss auch heute Ideale und gesellschaftliche Bedarfe befriedigen. „Da findet weltweit eine große Auseinandersetzung statt.“ Wir müssen in immer mehr Fragen neue Partner finden, sagt Gröhe. Wir müssen den Menschen den Rücken stärken, in Deutschland und weltweit.

Und zur Ukraine: „Ich glaube, in der Ukraine wird die Freiheit gewinnen“, sagt Gröhe. Viel problematischer sieht der ehemalige Bundesminister die Kosten. Das Geld für den notwendigen Wiederaufbau wird fehlen für Ernährung, für Gesundheitsvorsorge und sozialen Ausgleich. In Deutschland lässt sich das auffangen, in Afrika nicht überall. Damit ergibt sich aus der Krise auch die Aufgabe, die Weltgemeinschaft neu zu denken.

Bernhard Felmberg: Im Einsatz für die Freiheit

Der Bedarf nach Anleitung durch die Seelsorge ist angewachsen, sagt Bernhard Felmberg mit Blick auf neue Einsätze unserer Bundeswehr. Mehr als 100 Seelsorger kümmern sich in Deutschland und in den Einsatzgebieten um das seelische Wohl der Soldatinnen und Soldaten. Der Militärseelsorger der EKD stellt fest: „Wir haben derzeit sehr viel zu tun.“

„Vier Monate im Container, vier Wochen ohne Privatsphäre, vier Wochen abends im Container Gesellschaftsspiele“ – Felmberg zeichnet ein deutliches Bild der Soldaten im Auslandseinsatz. Es ist ein Bild von Belastung im Dienst und in der Freizeit. „Wir versuchen Entlastung für die Seelen zu geben“, sagt Felmberg. „Auch Seelen wieder zu heilen“, wenn die Frauen und Männer aus dem Einsatz kommen.



Militärseelsorger Bernhard Felmberg zeichnet ein umfassendes Bild über die seelische Situation von Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. (Foto: CDU)

„Wir machen die Erfahrung: Wir können nicht alles mit dem Wort lösen. Es gibt Menschen, es gibt Staaten, die auf Verhandlungen nicht reagieren.“ Als Christen und Soldaten stehen viele Frauen und Männer vor großen Herausforderungen und vor großer innerer Zerrissenheit. „Deshalb ist es wichtig, dass

wir auch innerhalb der Bundeswehr mit ethischen Seminaren dazu arbeiten.“ Soldatinnen und Soldaten müssen wissen, dass sie angesichts der Umstände richtig handeln.

Ist Waffengebrauch überhaupt zu rechtfertigen? „Ich habe großen Respekt vor allen, die in einer Notwehrsituation für sich entscheiden, dass sie auf Gegenwehr verzichten.“ Felmborg will das aber nicht auf die Gesellschaft als Ganze übertragen. Am Ende geht es um „angemessenes Handeln“. Der Militärbischof sieht hier „eine Lernkurve“. „Wenn wir nicht gehandelt hätten, wäre die Ukraine jetzt vielleicht schon russisch – und Polen in einer besonderen Situation.“

Ulrich Lilie: Glauben aus Liebe

„Ein großes evangelisches Familientreffen“, nennt Ulrich Lilie den evangelischen Kirchentag. Der Präsident der Diakonie in Deutschland sieht darin die Chance, mit modernen Formaten den Dialog in der Gesellschaft zu führen. Sehr viel kann dadurch bewegt und erreicht werden, sagt er. „Aber wir dürfen uns auch keiner Täuschung hingeben.“



Diakoniepräsident Ulrich Lilie im Gespräch mit Thomas Rachel. Das kontroverse Thema: assistierter Suizid. (Foto: CDU)

Lilie will eine differenzierte Sicht auf den assistierten Suizid. Er betont im Talk mit Thomas Rachel: Viele Menschen sehen sich am Ende ihres Lebens mit ihrem Leiden alleingelassen. Da muss Kirche, da kann auch die Diakonie helfen. „Wie begleiten wir die Menschen, dass wir sie immer wieder für eine lebensfrohe Entscheidung gewinnen können?“ Darüber muss man dann reden.

Auch Thomas Rachel sieht das Thema aus zwei Perspektiven: „Ich möchte unbedingt verhindern, dass aus dem assistierten Suizid ein Geschäft wird.“ Es ist eine sensible und entscheidende Lebensphase. Die darf nicht kommerzialisiert werden. Er fordert aber: „Wir brauchen eine Sowohl-als-auch-Debatte, keine Entweder-oder-Debatte“. Rachel: Wir müssen uns um die kümmern, die am Ende Ihres Lebens Schmerzsituationen, Krebs oder anderem ausgesetzt sind.“ Es darf aber keinen assistierten Suizid allein aus Lebensmüdigkeit – ohne Krankheit oder Schmerzen – möglich werden.

Lilie begrüßt, dass das BVerG betont hat: Der assistierte Suizid darf nicht zum Normalfall werden. Für Lilie ist klar: „Wir müssen viel öfter mit den Menschen darüber reden.“ Die Debatte ist umso dringender, als die Alterspyramide in Deutschland sehr viele Menschen in einem entsprechenden Alter sieht. Lilie fordert auch: „Wir müssen auch dafür sorgen, dass die palliative Versorgung auf ein anderes Level kommt.“ Ein Ausbau der Schmerzmedizin kann verhindern, dass Menschen sich selbst aufgeben. „Wenn wir in einer älteren Gesellschaft nicht bereit sind das zu tun“, werden zu viele ältere Menschen den Weg des assistierten Suizids gehen.

„Wir brauchen Hilfe zum Leben, nicht Hilfe beim Sterben“, nennt Rachel das. Dazu fordert er eine große Kampagne für ein Unterstützungsgesetz für Menschen in existenziellen Krisen. „Ich werbe dafür, nach einem Präventivgesetz auch eine gesetzliche Regelung zu finden.“ Damit kann dann verhindert werden, dass assistierter Suizid freigegeben und zu einem Geschäftsmodell werden kann.

Kirchentag vor Ort: Tag 2

Der Kirchentag bietet die Chance zu Gesprächen, Fragen und Antworten – nicht nur zu Glaube und Religion. Benita und Michelle, Hanna-Lena, Daniel und Jens-Uwe stellen sich den Fragen der Kirchentagsgäste am Stand von EAK und CDU. Nicht immer geht es um Religion. Doch fast immer geht es ums Kennenlernen, um Kontakte, oft spielt die Position der CDU eine Rolle.

Wozu EAK?

Warum braucht es einen Evangelischen Arbeitskreis? Woher kommt das? Gibt es auch ein Katholischen Arbeitskreis? Vieles in der Debatte um die Gründerjahre der CDU, um Grundsatzprogramme und um das aktuelle Bekenntnis zum ‚C‘ durch den Einsatz der Christen in der CDU ist der Fragestellerin neu.

Ist das Parlament zu groß?

Ein Kirchendiener regt an, den Bundestag deutlich verkleinern. 301 Abgeordnete reichen doch, sagt er. Den Hinweis, dass die Neuregelung der Bundesregierung mehr Abgeordnete zulässt als derjenige der CDU, nimmt er erstaunt zur Kenntnis.

Steffen Bilger: Christ in der Politik

Er ist aktiver Christ, unterstützt Schulprojekte in Syrien, Jordanien und Libanon. Als Bundestagsabgeordneter hat Steffen Bilger die Übernahme von Verantwortung zu seinem Leitmotiv gemacht. „Jetzt ist die Zeit“ – das Kirchentagsmotto gilt für ihn in der täglichen Arbeit.



Steffen Bilger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Christian Meissner vom EAK. (Foto: CDU)

Jetzt ist die Zeit, das treibt ihn bei der Unterstützung der Schulprojekte an. „Eine tolle Arbeit, die da geleistet wird“, erzählt er aus der Praxis: Christliche und muslimische Kinder lernen gemeinsam, erlernen eine Berufsausbildung und erleben den Respekt voreinander. Es ist, so sagt er „ein echtes Projekt der Völkerverständigung“.

In den konkreten Projekten sieht Bilger auch die Aufgaben von Christen in der Politik: Verantwortung übernehmen. Mitstreiter in der Kirche und aus der Kirche heraus gewinnen. Für Konsens und Verständigung eintreten. „Einfache Antworten gibt es nicht. Wir brauchen den Respekt für die Meinung des anderen. Die Themen des EAK sind gute Beispiele dafür, dass das geht“, sagt Bilger. „Trennendes überwinden, Respekt zeigen und gute Lösungen für alle finden“, fasst EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meissner das zusammen.

Das ‚C‘ und seine Bedeutung

Wie steht die CDU zum ‚C‘, wird gefragt. Die Antwort: Wir in der CDU verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen. Doch wir Menschen sind nicht Schöpfer der Welt. Wir passen auf unsere Erde auf und machen deswegen kinder- und enkeltaugliche Politik.



Christian Meissner im Gespräch am Stand von EAK und CDU. (Foto: CDU)

Die Schöpfung bewahren

Was tut die CDU gegen den Klimawandel? Die Schöpfung bewahren, das muss mit Leben gefüllt werden, sagen einige. Das neue Heizungsgesetz nur abzulehnen, reicht nicht. Da hilft es, dass die Union sehr konkrete Vorschläge in den Bundestag eingebracht hat: Den Umstieg fördern, nicht erzwingen. Alle Technologien zulassen, wenn sie die Kriterien erfüllen. Und die Menschen mitnehmen. Nur, wenn alle auch mitmachen, wird man dabei erfolgreich sein.

Gesellschaftliche Teilhabe

Ist ein garantiertes Grundeinkommen ein richtiger Ansatz? Die ältere Frau schaut provokant. Dann sagt sie selbst: Nein, ist es nicht. Die CDU sagt: In einer gerechten Gesellschaft können alle Menschen ihre Fähigkeiten entfalten und angemessen an ihr teilhaben: Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Reiche und Arme, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine gerechte Gesellschaft würdigt die Leistung des einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des Erwirtschafteten. Absolute Gleichheit kann es aber nicht geben.

Kirchentag vor Ort: Tag 3

Bibelexegese mit Friedrich Merz: Aus dem Hoffen folgt ein Aufruf zum Handeln.

„Ich darf vertrauen, dass das Reich Gottes kommen wird. Gleichzeitig realisiert es sich schon in dieser Welt.“ In der vollbesetzten Frankenhalle der Nürnberger Messe spricht Friedrich Merz über das Lukas Evangelium, darüber, wann das Reich Gottes Wirklichkeit wird und was sich aus seiner Sicht für ihn – und uns alle – daraus ergibt.

„Jesus sagt: Das Reich Gottes ist schon da“, erläutert der CDU-Vorsitzende. „Auch, wenn Ihr es noch nicht erkennen könnt. Aber es ist auch noch nicht da. Es kommt erst, wenn die Welt untergeht, wenn alle Schuld getilgt ist, alles Leid beendet.“ Die Gleichzeitigkeit von ‚Jetzt‘ und ‚Später‘ hat in doppelter Hinsicht Konsequenzen, so Merz. Man soll auf das Ende schauen. Aber es gilt auch: „Ich soll als Mensch nicht in eine Zukunft flüchten. Ich bin aufgerufen, mein Leben jetzt schon in die Hand zu nehmen.“ Wir sollen das Leben besser machen.



Friedrich Merz in der Frankenhalle bei der Bibelexegese. (Foto: CDU)

Genau das motiviert Merz, treibt ihn an: „Dass wir schon heute etwas tun können.“ Das ist sein Beitrag auf diesem Evangelischen Kirchentag: „Aus dem Hoffen folgt ein Aufruf zum Handeln.“ Zwei Themen leitet der CDU-Politiker für sich zunächst ab: Den Beitrag zum Frieden und die Aufgabe, Klima und Umwelt besser zu schützen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Europa erschüttert. „Alle wünschen sich Frieden in unserer Zeit“, so Merz. Aber der Wunsch alleine schafft keinen Frieden. Weder der Vertrag Chamberlains von 1938 noch die OSZE-Akte konnte diesen Frieden garantieren. Daraus muss man lernen, alle Stimmen hören. Es braucht Gespräche zur Lösung und Offenheit in der Debatte. Dazu zählt auch Verteidigungskraft. „Es beschäftigt uns. Es belastet uns. Es quält uns. Aber um Frieden in Europa zu bekommen ist Beschwichtigung und Appeasement, Annäherung an den Aggressor mit den falschen Mitteln der falsche Weg.“ Selbstverständlich, sagt Merz, verdient Vermittlung dennoch Unterstützung. „Wir sollen als Christen hoffen.“

Auch beim Klimaschutz ringen alle über den richtigen Weg. „Aber, wenn wir über ihn sprechen, dann gehört als erstes dazu, dass wir den Klimawandel nicht leugnen.“ Denn die Schöpfung Gottes geht weit über unsere Erde als unser Lebensraum hinaus. Wahr ist, dass wir viel in die Erde eingreifen. „Als Christen müssen wir diese Eingriffe korrigieren, um unseren Kindern und Enkelkindern eine Welt zu hinterlassen, auf der sie in Frieden und Freiheit leben können.“



Friedrich Merz bei der Bibelauslegung am Evangelischen Kirchentag. (Foto: CDU)

Merz mahnt dazu an: Politik kann immer nur die nahe Zukunft gestalten, aber nie die endgültige Zukunft gewinnen. „Wir müssen uns als Politikerinnen und Politiker immer bewusst sein, dass wir nur die vorletzten Dinge entscheiden. Politik kann Gottes Wahrheit und Weisheit nicht ersetzen.“ Nach jeder Lösung kommt das nächste Problem.

„Ich werbe dafür, dass wir in einer politischen Debatte über den richtigen Weg streiten“, sagt Merz. Das gemeinsame Ringen trägt die besten Lösungen zusammen. Am Ende muss ein gemeinsamer Weg stehen. Niemand allein „ist im Besitz der ganzen Wahrheit“. Vielmehr gilt: Wir müssen uns am Ende der Zeit verantworten für das, was wir getan haben – oder das, was wir nicht getan haben.“

Das rote Sofa: Die Ökumene leben

Seine Gattin ist evangelisch, er selbst katholisch. Beide zusammen leben sie die Ökumene, sagt Friedrich Merz gleich zu Beginn des Gesprächs. Auf dem roten Sofa des Kirchentags stellt sich der CDU-Vorsitzende den kritischen Fragen von Jörg Bollmann: Ist das ‚C‘ Rückenwind oder Belastung? Stimmt die CDU einem Tempolimit für Klimaschutz zu? Was verbindet Friedrich Merz mit dem Begriff ‚Hoffnung‘?

„Wir haben diskutiert, ob das ‚C‘ noch zeitgemäß ist“, bekennt Merz. „Die Debatte hat gezeigt: Ja, es ist wichtig.“ Auch die Debatte dazu war wichtig, sagt er. „Ich habe gesagt: Selbstverständlich bleibt das. Wir machen Politik auf Basis des christlichen Menschenbildes.“ Alle, die sich damit identifizieren, sind herzlich eingeladen. Viele Menschen anderer Glaubensrichtungen sind in der CDU aktiv.

Zur Bewahrung der Schöpfung hat die CDU unter Merkel viel getan, bekräftigt ihr Nachfolger. Bis 2022 wurden alle Klimaziele erreicht. Der CO₂-Ausstoß sank um 40 Prozent, bei Gebäuden um 50 Prozent. Gleichzeitig gab es eine Verdoppelung der Wirtschaftsleistung. Dass viel zu tun ist, bestreitet niemand. Vor allem, da der Rest in der halben Zeit erfolgen soll. „Das wird sehr schwierig“, so Merz.



Friedrich Merz im Gespräch mit Jörg Bollmann auf dem roten Sofa des Evangelischen Kirchentags. (Foto: CDU)

„Wenn man die Hoffnung aufgibt, kann man in der Politik nur zum Zyniker werden“, stellt Merz sachlich fest. „Das will ich nicht!“

Gute Ergebnisse gibt es am Ende nur gemeinsam, bekräftigt Merz auch auf dem roten Sofa. Er wirbt um Zusammenarbeit, auch und gerade zwischen Regierung und Opposition. „Ich biete der Bundesregierung jede Unterstützung und jede Zusammenarbeit an. Ich möchte, dass wir um den Weg ringen. Aber am Ende des Tages zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen.“

Wird Merz Kanzler, wird er gefragt. Und gewinnt bis 2025 Mal jemand anderes als der FC Bayern die Meisterschaft der Bundesliga? Das entscheiden am Ende die Partei und die Menschen bei Wahlen – und Borussia Dortmund, wenn die im kommenden Jahr Meister werden, lacht Merz.

Besuche bei CDU und EAK, CSU und Stiftungen.



Nach dem roten Sofa ging es zur Partei am Stand. Wie viele Fragesteller kommen? Wie viele Gespräche werden geführt? Am Stand der Konrad-Adenauer-Stiftung überreicht ihm Standleiterin Kristin Wesemann ein T-Shirt mit dem Motto Konrad Adenauers: Wir wählen die Freiheit.



Auch beim Stand der Schwesterpartei wird Merz freundlich begrüßt. Hier werden kurze Gespräche geführt und Selfies gemacht.

Michael Kretschmer: Spontanbesuch bei EAK und CDU



Spontaner Besuch am Stand von EAK und CDU: der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmar. Der evangelische Christ ließ es sich nicht nehmen, vor seinem Talk beim Kirchentag auch mit den CDU-Vertretern am Stand vor Ort ein paar Worte zu wechseln.

Christian Schmidt: Man darf das Prinzipielle nicht aufgeben.

Der Hohe Repräsentant der UN für Bosnien und Herzegowina setzt sich täglich mit den Folgen von Krieg und Frieden auseinander. Angesichts der zunehmenden neue Weltunordnung sieht er nur geringe Eingriffsmöglichkeiten der Kirchen; vielmehr ist die Realpolitik gefordert. „Ich meine, dass wir mit relativ wenig Möglichkeiten ausgestattet sind, die Unordnung wieder zur Ordnung zu machen.“



Christian Schmidt im Gespräch mit Christian Meissner. (Foto: CDU)

Schmidt erinnert an Henry Kissinger. Der hatte gesagt: Was der Westfälische Frieden gebracht hat, Ausgleich der Interessen, das fehlt uns im Augenblick. Vielmehr steht gerade Putins Politik diametral zu Ausgleich.

Schmidt weiß, wovon er redet: „Ich bin auch in Bosnien-Herzegowina dabei, eine Aufarbeitung eines schrecklichen Krieges zu unterstützen.“ Wenn der Bundeskanzler fordert: verhandeln, verhandeln, dann setzt Schmidt dagegen: Grundsätzlich ist das richtig. „Aber man darf das Prinzipielle nicht aufgeben. Ich zweifle, dass mit Herrn Putin eine gute Ordnung geschaffen werden kann.“ Schmidt erwartet dies erst für die Zeit nach Putin.

Brauchen wir also eine neue Friedensethik? „Wir sind nicht in der Realpolitik“, sagt Schmidt. Aber man kann es am Kirchentag ablesen: Vor 20 bis 30 Jahren gab es kontroversere Debatten. Die Nutzung von Waffen ethisch in Frage zu stellen, ist für eine Debatte angemessen. „Aber, wenn ich sage: keine Waffen mehr. Dann gibt es für Putins Schergen kein Halten mehr.“ Deshalb müssen wir die Friedensethik der EKD neu akzentuieren. „Das Dilemma dürfen wir nicht länger verschweigen.“

Radikalpazifismus bringt auch Christen in der Politik nicht weiter, sagt Schmidt. „Unsere Aufgabe ist, dass wir die ethischen Grundsätze einbringen, nicht einfach paradiesische Zustände postulieren und uns realistische Möglichkeiten bewahren.“ Man stelle sich vor, wir alle würden uns gegen Waffenlieferungen auf die Straßen kleben, sagt Schmidt. Das wäre Realitätsverweigerung.

Der Kirchentag geht zu Ende.



Das Team von EAK und CDU verabschiedet sich aus Nürnberg.

Jens-Uwe Kerl, Hanna-Lena Perneck, Michelle Zurek, CDU-Chef Friedrich Merz, Christian Meissner, Daniel Janke und Benita Ebeling (v.l.n.r.)